

34706940
303-2001033

Kaukasische Post

Erscheint 3-mal wöchentlich:

am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 90.

Tiflis, den 24. Dezember 1918.

10. Jahrgang.

Die nächste Nummer erscheint wegen der Weihnachtsfeiertage erst am Sonnabend.

Das Abonnement auf die

„Kaukasische Post“

für 1919 (11. Jahrgang) ist eröffnet. Der Bezugspreis ist der nämliche wie bisher: 15 Rbl. für die beiden nächsten Monate (Januar und Februar). Bestellungen werden nur für diese ganze Zeit angenommen. Preis der Einzelnummer auch wie bisher: 85 Kop. Um möglichst baldige Mitteilung aus den Kolonien in wie vielen Exemplaren die „K. P.“ ihnen fernerhin zugesandt soll, wie auch um unerzögliche Einwendung der eingesammelten Bezugs-gelder (dies gilt unseren Vertretern in den Kolonien) wird im Interesse der Erhaltung eines geregelten Geschäftsbetriebes dringend gebeten.

Pünktlichkeit ist eine der hervorragendsten Tugenden des Deutschen; und deshalb: wollt Ihr Deutsche nicht nur heißen, sondern in Wirklichkeit sein, so seid pünktlich.

Bestellungen und sonstige Aufträge nimmt bis auf weiteres entgegen: Die Geschäftsstelle der „Kauf. Post“ — Tiflis, Michailowskaja Nr. 89, Magazin des Herrn G. Frid (früher G. Kuffermann), Expeditör B. Bauer, täglich, außer an Sonn- und Feiertagen, zwischen 9—11 Uhr vormittags.

An ihn sind auch alle Korrespondenzen (unter derselben Adresse) zu richten.

In der Geschäftsstelle sind auch Abzüge des Kalenders für 1919 (abgedruckt in Nr. 87 der „Kauf. Post“) käuflich zu haben, und zwar zum Preise von 50 Kop. der einzelne Abzug (unaufgejogen).

Am 29. Dezember d. J., um 12 Uhr mittags, findet eine

ausserordentliche Gemeinde-Versammlung in der Petri-Paul Schule Kirchenstr. 25, statt.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Mitgliedes des Kirchenältestenrates.
2. Wahl einer Revisionskommission.
3. Wahl eines stellvertretenden Küsters.
4. Uebernahme des deutschen Realgymnasiums seitens der Gemeinde.

Anträge zur Versammlung müssen dem Kirchenältestenrat bis zum 27. Dezember eingereicht werden.

Der Kirchenrat.

Ein Deutscher sucht Sines- und Stammesgenossen zwecks Bildung eines Quartetts u. Ausübung erster Kammermusik (erwünscht I oder II Violine, Bratsche u. Cello).

Angebote sind zu richten an die Adresse: Mazo-Cyabon (Мазо-Цябон) № 11 II. St. an E. T. von 3-6.

Weihnacht.

Nun läuten die Glocken wieder vom Turm die Weihnacht ein, und rings senkt mild sich nieder ein Glanz voll Kerkenschein. Es schweigt der Maschinen Hämmern, und leiser geht der Wind: die Straßen entlang im Dämmern wandelt das Christkind.

Und wo mit weissen Händen segnend es winkt hinauf, da blitzen aller Enden flimmernd die Lichter auf. Es schwebt der göttliche Wille hin über die Bande zur Stund', — da tönt durch die heilige Stille ein Jauchzen aus Kindermund.

Es strahlen viel blanke Augen voll Andacht zum schimmernden Baum.

In kindlich reinem Glauben lebt nur einer Menschheit Traum.

Und wie die Kleinen singen: „Du fröhliche selige Zeit“, da zieht ein feines Klingen hinüber zur Ewigkeit.

Marcello Rogge.

Fröhliche Weihnachten!

„Und dein Bild, das wir verloren, kehre wieder bei uns ein, daß wir Menschen Gottes sein!“ (Chr. Friedr. Richter 1704).

Wenn jemals dieser fromme Wunsch in den Zeitverhältnissen seine Berichtigung fand, so gilt das Schöne nach der Wiederkehr des Liebesfürsten in unseren Tagen, in den Tagen, da Haß und Feindschaft, Mord und Totschlag, Gottesverleugnung und Gotteslästerung die Menschen, in wilde Bestien verwandelt zu haben scheinen, als die einzige Hoffnung auf die Wiedergeburt unserer Herzen und die Rückkehr zum Urquell des Lichtes, für berechtigter als berechtigt.

Nach Frieden verlangt die ganze Welt, nach Frieden um jeden Preis.

Und nicht nur Frieden für heute ist die Lösung der Friedensjücker, nein, Frieden für ewige Zeiten wollen wir haben, damit endlich nach der so langen, langen, bangen Nacht der schier unerträglichsten Leiden die Sonne uns auf's Neue den mühevollen Lebensweg erhellte, die ewige Sonne, die das All durchleuchtet und durchwärmt und ewig auch in den Menschenherzen scheinen soll, damit die Freunde in ihnen nimmer erlösche, bis an das Ende der Welt nicht aufhöre, sie zu begeistern für alles Gute und Bessere, was die ewige Liebe in ihren tiefsten Tiefen geborgen hat, auf daß es Tag bliebe in uns, mag auch die Nacht draußen düsterer sein als düster.

Bis in alle Ewigkeit Frieden, bis in alle Ewigkeit Sonnenschein, bis in alle Ewigkeit Freude am Dasein!

Menschen Gottes läßt uns wieder sein! Ach, daß wir es nur wieder sein wollten! Daß wir wieder sein wollten Kinder des Lichtes! Es sein wollten, ernstlich sein wollten, denn auf das Wollen kommt es ja in erster Linie an; das Vollbringen folgt dem Wollen von selbst nach.

Aber haben wir den rechten Willen, das zu wollen, was wir sollen? Diese Frage hat vor bald zwanzig Jahren den mehr denn uns alle beschäftigt, dessen erhabenes Bild uns heute vor der Seele schwebt.

Und wie traurig stimmte es ihn, wenn er ringsum seine Zeitgenossen nichts anderes wollen sah, als die Befriedigung ihrer Selbstsucht, ihres Eigennuzes, ihres lieben Ich's! Ganz wie damals, sind auch heute die Menschen erfüllt von den Gedanken an das liebe Ich, in den Massen wie in einzelnen. Und wenn Er, der gute Meister, eben unter uns träte und seinen prüfenden Blick in unsere Herzen versenkte, um dort das verborgene Kleinod zu suchen, das der Welterben ihnen als Unterpfand seiner Verbeisung des ewigen Lebens verliehen hat, und wenn er dann angedrückt unseres Sehns nach dem „Frieden“ uns die Frage stellte, wie er sie einst an seine Umgebung richtete: „Wollt Ihr wirklich zum Frieden kommen? und nachdem er unsere bejahende Antwort gehört, an uns die Aufforderung ergehen ließe: „Solget mir nach“, würden wir da nicht eröten und uns verlegen von ihm abwenden, da das, was wir wollen, ach, wir wissen das nur zu gut, nicht einmal annähernd das ist, was wir wollen sollten: ihm nachfolgen!

Frieden! Frieden um jeden Preis! nur nicht um den Preis der Hingabe des lieben Ich's an die ewige Liebe, die uns von ihrem Reichthum gibt, damit wir mit diesem Pfunde wucherten nicht nur zu unserem Besten, sondern namentlich auch zu Ruh und Frommen der Brüder, zum Wohle des lieben Nächsten, zum Wohle der Gesamtheit. Selbstmänner und Golgatha, sie wären gewiß auch heute das Los des Liebesfürsten, trotz all unserer lauten

Predigt von Völkerverbrüderung und Völkerbund, von Sozialismus und Kommunismus. Und von dem Kreuze an das wir ihn abermals schlugen, wendeten wir uns nach vollbrachter Tat ebenso gleichgültig wieder unserem Tageswerk zu wie damals die Vöden Herren und das Volk, für die der Gekreuzigte doch nur ein Verbrecher war, weil er ihren Seelenfrieden störte, den Frieden der Schlucht und des Eigennuzes.

Menschen Gottes sollen wir sein wollen, Menschen, die Gott, die Liebe lieben, die Liebe nicht draussen in der Welt, sondern in dem eigenen Herzen, die Liebe, die auch anern gibt, was sie für sich von ihnen fordert, die göttliche Liebe, die uns allein den wahren Frieden bereiten kann, den Frieden, den Jesus Christus uns als Gruss darbietet, wenn er sagt: „Friede sei mit Euch!“

Und darum laßt uns heute, als an dem Tage, den wir als den Tag der Geburt des Liebesfürsten feiern, eingedenk sein der Mahnung: „Friede sei mit Euch!“ und wenn wir den guten Willen zu die jem Frieden in uns entdecken, sei es auch nur in ganz bescheidenem Anlasse, einander glücklichen und frohen Herzens zurufen: „Fröhliche Weihnachten!“

Armenien und Georgien.

Der Konflikt zwischen den beiden Republiken, der sich gegenwärtig bis zum Blutvergießen gesteigert hat, mit anderen Worten — in einen förmlichen Krieg ausgeartet ist, hat seitens des „pauptes der georgischen Regierung, des Ministerpräsidenten N. S. Chordania, in einer Rede, die er im georgischen Parlament am 17. d. Mts. gehalten hat, eine überaus sachliche und allseitige Beleuchtung erfahren. Seine Ausführung wurde durch die Rede W. Dschugelis, des Chefs der Volksgarde, ergänzt, die mehr Verdenktheit als Ueberlegung verriet, aber dennoch als bedeutend, im Sinne der Wiedergabe des Verhältnisses breiterer Volksschichten zu den jüngsten Ereignissen, angeprochen werden darf.

I.

N. S. Chordania führte folgendes aus: „Geschehen ist, was nicht hätte geschehen sollen. Zu einer Zeit, wo der Weltkrieg im Verlöschen ist, wo die hauptsächlich imperialistischen Mächte ihr Schwert in die Scheide stecken und sich zum allgemeinen Frieden vorbereiten, zu dieser Zeit fällt die Regierung Armeniens heimlich über die Republik Georgien her. Jetzt wird es klar, wie diese Regierung und ihre Agenten unüthlich Aufstände in armenischen Dörfern angezettelt, dann selbige zu ihren Zwecken auszunutzen und schließlich ihre regulären Truppen über unsere Grenzen warfen. Die Regierung Armeniens hat hierdurch die im Laufe der Jahrhunderte zustande gekommenen freundschaftlichen Beziehungen, die historischen Ueberlieferungen sowohl des georgischen als auch des armenischen Volkes verletzt. Zwischen diesen Völkern hat es nie Krieg gegeben, nun aber hat die armenische Regierung beide Völker in diese Schmach getrieben. Wenn sogar im Mittelalter, in dieser barbarischen Zeitperiode, die Regierungen beider Völker freundschaftliche Beziehungen zueinander unterhalten konnten, so fragt es sich, was ist denn jetzt, im 20. Jahrhundert, geschehen, daß sich die Regierung Armeniens veranlaßt fühlt, den Kriegspfad zu beschreiten? Sie hat ein großes historisches Verbrechen begangen, daß einen Schandfleck auf den Seiten der Geschichte bilden wird. Die Regierung Kaufhasanum's trifft die Verantwortung wie vor dem Volke, so auch vor der Gerechtigkeit. Sie muß Gründe zur Rechtfertigung dieses Schrittes anführen. Und sind diese Gründe bekannt und will ich jetzt sie mit ihnen bekannt machen, damit sie selbst darüber urteilen können, ob sie wirklich als solche zu gelten haben, die dazu berechtigten, ein derartiges historisches Verbrechen zu begehen. Sie schreibt uns, daß in einem armen. Dorfe an der Grenze unsere Soldaten die Bewohner desselben beleidigt hätten und daß sie das nicht dulde. Dies ist, meine Herren, ihre erste Begründung. Aber woher weiß sie, daß so etwas wirklich stattgefunden hat? Und wenn sie von so etwas Kenntnis erlangt hatte, weshalb hat sie dann nicht zuvor bei uns angefragt, ob es wahr ist? Und wenn es sogar Tatsache gewesen wäre, weshalb glauben sie, daß wir die Schuldigen nicht selbst bestrafen würden? Woher nahm

...sie das Recht, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzugreifen, und noch dazu in so geringfügiger Veranlassung? Wo und wann ist es vorgekommen, daß aus solchen nichtigen Motiven ein Etat dem anderen den Krieg erklärt hätte? Hieraus ersehen sie, daß dieser Grund frei erfunden wurde und vor keinem Gericht, vor keiner Regierung als stichhaltiger Grund bestehen kann. Ein anderer Grund: Wir haben die Linie des Fortschalters Kreise befestigt, die wir vor zwei Monaten mit Zustimmung der Armerier eingenommen haben. Deshalb haben sie damals nicht gleich erklärt, daß unsere Handlungsweise Veranlassung zu einem Kriege mit ihnen bieten könnte? Damals haben sie es nicht gelagt. Im Gegenteil, damals fanden wir mit ihnen in Unterhandlung, und sie erinnern sich gewiß noch dessen, daß unsere und ihre Truppen dort zusammentrafen. Wir haben seinerzeit erklärt, daß wir das ganze türkische Gouvernement in die Grenzen Georgiens einbeziehen und daß wir diese Grenzen einhalten werden, wenn aber jemand hier etwas als kritisch erachte, wir bereit seien, deswegen zu verhandeln. Das ist seine Neuigkeit. Mit derselben Begründung haben wir Dshamachien befestigt. Auch das ist seine Neuigkeit. Wir haben längst Truppen dorthin geschickt und solches nicht geheim gehalten, sogar ein besonderes Generalgouverneur in den Kreisen Achalsich und Achalkalaki geschickt. Wir haben diesbezüglich mit der Türkei einen Schriftwechsel gehabt. Die Türken zogen ab und wir besetzten diese Plätze. Das war ebenfalls für niemand ein Geheimnis, für niemand eine Ueberraschung. — Das sind, meine Herren, alle Gründe, die die Armerier anführen; mehr können sie nicht vorbringen. Hieraus folgt, daß diese Begründungen von ihnen nur zu dem Zweck genannt worden sind, um die schlechte Tat zu rechtfertigen. Sie wissen ja, daß der Wolf das Lamm nicht ohne Begründung gestreift hat. Er sagte, daß das Lamm ihm das Wasser trübe. Aber, wer glaubt es denn, daß der Wolf aus diesem Grunde so gehandelt hat? Nein, der Wolf handelte so gemäß seiner Natur, wonach er alles fressen muß, was ihm zugänglich ist, und ich glaube, daß die Natur der Regierung Ruschajunismus die nämliche ist (der Abgeordnete beschwört vom Platze: „Sind wir denn Lämmer? Wie lange werden wir Lämmer sein?“). Die Regierung Ruschajunismus kann mit dem Nachbar nicht in Frieden leben. Sie muß stets mit irgend jemand Händel oder gar Krieg haben. Das ist die Grundursache der Ereignisse, die sich im Fortschalters Kreise abspielten, nicht aber das, was sie vorzogen und womit ich sie eben bekämpft gemacht habe. Wir waren der Meinung, daß die Erman'sche Regierung jenen Umstand kenne und es zu lächeln wisse, daß, wenn unter den augenblicklichen Bedingungen ihr Verhältnis zu den Mohammedanern ein getriebenes ist, ihre Beziehungen zu den Georgiern bisher gute waren. Aber ganz unerwartet haben sie auch diese freundschaftlichen Beziehungen abgebrochen, die Brücke vernichtet, die zwischen uns in Jahrhunderten die freundschaftlich gefestigt hat, und sich dadurch völlig isoliert. Worauf hoffen sie? Fragen wir uns und denken, gewiß auf irgend eine Macht, von der sie aber, wie ich meine, vergebens die Erfüllung ihres Wunsches erwarten da es keine staatliche Macht geben kann, die ihre hinterlistige Tat, diesen Überfall, zu rechtfertigen sich gemüßigt fühlen könnte. Es ist ja wahr, auch wir haben uns seinerzeit an eine auswärtige Macht gewandt, aber nicht sie gegen die Völker Transkaukasien angewandt, sondern zum Schutz unserer und ihrer Interessen gegen den Feind. Wir haben mit ihrer Hilfe nicht nur Georgier, sondern auch viele Armerier verteidigt (Zuruf: „Richtig“). Aber die Regierung Ruschajunismus will sich auf die angebotene Macht stützen nicht zum Nutzen der Völker Transkaukasien, sondern gegen sie. Hier freuen sich zwei polit. Richtungen: die unsrige und die ihrige. Unsere Politik ist auf die Herstellung der Solidarität unter den Völkern Transkaukasien gerichtet, die ihrige strebt aber, im Gegenteil, nach Vernichtung dieser Solidarität und Herbeiführung von Feindschaft zwischen Georgiern und Armeriern, wie sie leider zwischen Armeriern und Mohammedanern längst besteht. Wir haben diese Politik immer bekämpft und bekämpfen sie auch eben. Wir wußten, daß in Armerien und gewiß auch innerhalb seiner Regierung zwei Richtungen existieren, von denen die eine sich mit der unsrigen deckt, die andere aber die der Militarpartei, richtiger — der Maureristen, ist. Ich muß bemerken, daß, als man in Erivan das Haupt der ersten Richtung Karafschjan ermorde, ich gleich sagte, daß die Sache eine schlimme Wendung nehme. (Geschwäbel: „Welche Maßregeln haben sie ergriffen?“). Es unterliegt keinem Zweifel, daß in diesen letzten Tagen, vielleicht aber auch schon früher, in Erivan die Kriegspartei die Oberhand gewonnen hat, die alle kritischen Fragen nur mit der Waffe zum Austrag bringen will. Wie dem aber auch sei, jedenfalls ist für dieses allergrößte historische Verbrechen die Regierung Ruschajunismus verantwortlich zu machen. (Zuruf: „Das Parlament!“) Unsere Regierung fordert ein erstes Verhalten zu diesen Ereignissen. Es tut not, daß das ganze georgische Volk sich zum Schutz des Staates erhebt. Dort, wo das Recht verstoßen, möge die Waffe die Frage, wer im Recht ist, entscheiden; dort, wo die bessere Gerechtigkeit überwiegt, möge die Waffe sprechen; wir fürchten und haben nicht (stürmischer Applaus). Die ganze Welt weiß, daß wir alle Maßregeln zur Verhütung dieses Krieges ergriffen haben, und wir glauben, daß unsere Sache eine heilige Sache ist, und wir fordern von allen Bürgern Georgiens, ohne Ausnahme, denn wer nicht für uns ist, ist gegen uns und somit unser Feind und darf als solcher nicht in den Grenzen der Republik Georgien bleiben (stürmischer Applaus), daß sie alle ihre Kräfte zur Verteidigung der Freiheit und der Unabhängigkeit anstrengen. Wir denken, daß die Zeit angebrochen

ist, wo wir so oder anders rechtliche Beziehungen zwischen den Völkern Transkaukasien schaffen müssen und in Anbetracht dessen, daß solche Beziehungen der Erman'schen Regierung nicht angenehm sind, wir sie ihr mit der Waffe in der Hand aufzudrängen müssen (allgem. Beifall). Wenn wir jetzt besetzt werden, so werden sich in Transkaukasien für ewige Zeiten Zwietracht und Feindschaft einnisten, und es wird weder eine Föderation der Völker, noch ihre Konföderation möglich sein. Wir rufen die Demokratie Georgiens zum Kampfe auf nicht gegen das arme. Volk, — das arm. Volk muß im Gegenteil davon überzeugt bleiben, daß zwischen ihm und uns ewig rechtliche und friedliche Beziehungen bestehen müssen, — nein, wir rufen sie auf zum Kampfe gegen die Regierung und die Kriegspartei, welche diese schreckliche Verbrechen angezettelt haben (Dabiani v. Plase: „Aber welcher Meinung ist das Parlament Armeniens?“). Meine Herren, ich berichte Ihnen nicht über die Meinung des arm. Parlaments, sondern über die Meinung unserer Regierung. Denjenigen, welche gegen uns die Waffe erhoben haben, müssen wir mit derselben Waffe antworten. Wir verfügen aber hinreichende Kraft. Nur ist erforderlich, daß jeder Bürger und jeder Angehörte der Republik seine Pflicht erfüllt und dem Feinde würdig begegnet (stürmischer Applaus). Die Abgeordneten erheben sich, nur die arm. Abgeordneten bleiben sitzen. Das Parlament zwingt sie, sich zu erheben Tschapanow und Tumanow verlassen den Saal, begleitet von den Rufes des rechten Sektors: „Fort, fort von hier, Spione!“ Dem Haupt der Regierung werden Obationen bereitet.)

(Schluß folgt)

Inland.

→ Zum arm.-georg. Konflikt leitartikelt der „Tifl. Lit.“ u. a. wie folgt: „So schwer auch die Fehler der georg. Regierung waren... wir müssen sie in der gegenwärtigen schweren Zeit doch mit allen Kräften unterstützen. Wir dürfen nicht vergessen, daß sie nicht nur jetzt, sondern auch früher erklärte, alle kritischen Punkte müssten durch friedl. Verhandlungen, sogar durch internat. Schiedspruch erledigt werden.“ „Sn amja Karoba“ schreibt die Schuld am arm.-georg. Konflikt hauptsächlich den syem. Chilanen zu, denen die arm. Bevölkerung des Vorlandes von seiten der georg. Truppenteile ausgehört war. Dazu kam der Wunsch vorderegerischer Elemente, in den arm. Dörfern den Ereignissen einen nationalen Charakter zu geben. Der erste Zusammenstoß war in Umlanar, wo Soldaten von den Bauern forderten, sie sollten ihnen die reidsten Leute bezeichnen, die sie herabzulen wollten u. s. w. — Der „Nor Horizon“ teilt mit, daß am 1. 12. der engl. Vertreter in Karakiss vorgeschlagen habe, innerhalb 72 Stunden Brückenbau zu beschließen, die georg. Truppen an den Chamanflus und die armenischen an die frühere Grenze zurückzuführen. Die örtliche Verwaltung solle aus Vertretern beider Nationen bestehen. Die „Vorja“ bemerkt hierzu, der georg. Regierung sei von diesem Vorschlage nichts bekannt. — Die in Borscha am lebenden Armerier bitten die armen. Regierung, den Konflikt durch Konferenz und Schiedspruch beizulegen. — Die Studenten der georgischen Universität wollen alle ins Meer eintreten. — Der Verband der Staatsbeamten will eine eigene Truppe bilden. — Eine Note der georg. Regierung an die „Vertreter aller Staaten“ enthält den Protest derselben gegen die Handlungsweise der armenischen Regierung.

→ Der Oberbefehlshaber der armenischen Truppen, Dro, hat der georgischen Regierung mitgeteilt, daß auf Befehl seiner Regierung von ihm die Grenzen Georgiens überschritten worden sind. Solches als offizielle Kriegserklärung von seiten Armeniens ansehend, hat die georgische Regierung am 20. Dezember dem diplomatischen Vertreter Armeniens Dshamachjan mitgeteilt, daß die Beziehungen zwischen Georgien und Armenien aufgehoben seien, und ihm die Vollmacht zurückgegeben.

→ In der Schlacht bei Katharinensfeld haben die Georgier ca. 30 Gefallene und 60 Verwundete zu verzeichnen. Die Armerier haben mehr als 200 Leichen auf dem Schlachtfelde zurückgelassen.

→ Der Generalgouverneur von Tiflis und Umgegend, Generalmajor Masniew, ist entsprechend seinem Wunsch, an der Front die Geimat zu verteidigen, auf Betreiben des Kriegsministers von seinem Amt als Generalgouverneur befreit worden. Seine Obliegenheiten sind zeitweilig dem Generalgouverneur der Kreise Tiflis, Gori und Telawi, Gouvernementskommissar Naglatelidse übertragen worden.

→ In Anbetracht des Krieges Georgiens mit Armenien hat die georgische Regierung beschlossen, alle armenischen Flüchtlinge auszuweisen und sie über Bolsh, Akhala, Kalach nach Delichan zu schicken und sie mit Proviant für 3 Tage zu versehen. Ueber die Weiterbeförderung der Flüchtlinge nach Armenien hat das Ministerium des Äußern sich mit dem diplomatischen Vertreter Acherbeidshans in Georgien, verständigt.

→ Die Zeitung „Karobnaja Sn amja“ ist von der Regierung geschlossen worden.

→ Am 20. d. Mts. ist in Tiflis mit einem Extrazuge, bestehend aus sechs Waggons, die langst-zu-erwartende englisch-französische Mission eingetroffen.

→ Am 21. d. Mts. ist aus Tiflis nach Baku ein deutscher Truppenteil (33 Waggons befördert) worden.

→ Das Del in der Leitung Baku — Batum ist bis Ag-Dagha gekommen, wo 33 Kessel abgefüllt und nach Tiflis geführt wurden.

→ Seit der Unabhängigkeitserklärung haben sich in Georgien einige jenseitige Paktengesellschaften mit jun. 200 Mill. Rubel aufgetan. („Sat. Resp.“).

→ In Ergänzung unserer früheren Mitteilungen über den Palace-Hotel Brand lassen wir hier einige Angaben über den verursachten Schaden folgen: Hausbesitzer Aramianz schätzte seinen Schaden auf 10 Millionen, der Inhaber des Hotels Strobladje den seinigen auf 500 000 Rbl. Versichert waren: das Gebäude für 270 000 Rbl.; das Möbel des „Hotel Rajehic“ für 300 000 Rbl.

Ausland.

Deutsche Junksprüche.

1. Vom 18. Dezember:

Wie „Vorwärts“ mitteilt, werden Wahlerlisten für konstit. deutsche Nationalversammlung Ende Dezember fertig sein. Fehrenbach leitete den Reichstagsabgeordneten mit, daß nach Verlängerung des Waffenstillstands und Hinausschiebung der Vorberichtsverhandlungen zunächst kein Bedürfnis nach Zutritt des Reichstages besteht.

Die Reichstagskommission der A. und S.-räte beschäftigt sich am 16. 12. mit dem Bericht der Volksbeauftragten, der kurze Blick auf Bericht des Volksgesetzg. über. Berichterstatter Weiß sagte, der Volkswille stütze sich auf das Vertrauen breiterer Volksmassen im ganzen Reich, wie es keine Regierung der Welt geben könnte. Verhänigung mit Volksgesetz nicht immer ganz leicht. Berliner Volksgesetz tritt ab. Selbst Entlassungsgesuch genehmigt, bleibt jedoch im Amt, bis Nachfolger gefunden. Die man erklärt: um Volkswirtschaftlichen aufrecht zu erhalten, müsse Produktion ungehindert bleiben, auch bei Sozialisierung könnten nicht alle Wünsche erfüllt werden. Zunächst noch Arbeit und Entlohnung. Tag polit. Besetzung ist noch nicht Tag sozialer Erlösung. Keine Regierung kann unererbliche Wahrheit ändern. Debatte zeigt, daß überwiegende Mehrheit hinter Volksgesetztrug steht. Verhalten des Berliner Volksgesetz von mehreren Rednern aus der Provinz scharf kritisiert. Erneuter Antrag auf Zulassung Reichstages und Kola Zureamburg wurde beschl. gemäß behandelt und in Abstimmung abgelehnt (ca. 380 Stimmen gegen 60 für Zulassung).

Hilf (Vorsitzender des preuß. Ministeriums) hat auf Anfrage, ob Reich seinen Kriegsanleiheverpflichtungen nachkommen würde, geantwortet, daß alle Nachrichten über Ungültigkeit der Kriegsanleihen gänzlich unbegründet seien; das Reich wird allen seinen Verpflichtungen nachkommen.

Nach „Frankf. Zeitung“ hat der Staatssekretär für Finanzen über finanzielle Lage Deutschlands gesprochen: Die neue Regierung teurer als die alte. Der A. und S.-rat hat in 14 Tagen 800 Millionen ausgegeben, hauptsächlich für höhere Löhne. Regierungsvorrate werden zu lächerlichen Preisen verkauft. Alle Produktion steht. Der deutsche Kredit im Ausland ist in Gefahr; fremde Banken diskontieren deutsche Anweisungen nicht mehr. Die Kriegsgewinnsteuer großer Unternehmen muß auf 80% erhöht, das System der Kriegsgewinnsteuer von Privatpersonen neu organisiert werden. Erlassen der großen Kriegsermächtigen nötig (Zelger, am Ende verheißend), große Entkommen müssen die Hauptlast tragen, Erbschaftsteuer wird erhöht, große Abgaben auf Tee, Tabak, Zucker und Lurus; Verstaatlichung gemisser indust. Betriebe.

Wahlen zur konstit. Landesversammlung im Herzogtum Anhalt: 92 000 für Mehrheitssozialisten, 54 000 für deutsche demokr. Partei, 22 (?) für Konservative. Unabhängige hatten keine Liste aufstellen können, da konjunktive Zahl der Unterschriften nicht zusammengebracht wurde. — In Madlenburg-Steinich: 28 000 (?) für Mehrheitssozialisten, 19 000 (?) vereinigte Liberale, kleine Stimmgabe für Bauernbund und Handwerker (hier Auslassung im Junkspruch).

A. und S.-rat Kolb beschloß sofortige Ausschreibung der Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung.

Als Ursachen der Flottenrevolte in Kiel werden von einem Seemann das „Großen Kurfürsten“ schwere Arbeit, beschränkte Befehl, wenig Urlaub, Ernährungschwierigkeiten usw. bezeichnet.

„Het Waderland“ meldet schwere Erträge der Belgier in Aachen.

16. 12. traf Madensien mit Stab in Dubapest ein. Vom Vertreter der Regierung empfangen, zu Karoly geleitet, mit dem er längere Besprechung hatte. Dann begab er sich zum Bahnhof. Ungar. Tel. Rom. Bureau meldet, daß sich K. nach Besprechung mit Karoly vorbehaltlich nachdrückl. Genehmigung der deutschen Regierung einverhandelt erklärt habe, sich mit seinem Stab in Koth einquartieren; er wolle als letzter nach Abtransport aller deutscher Soldaten Ungarn



verlassen. „Berliner Tageblatt“ sagt, M. sei auf Wunsch der Franzosen mit seinen Truppen interniert worden.
 Abbruch der Beziehungen Polens zu Deutschland: Bormann ganz richtig; es ist nicht wahr, daß Fortschritt der Verhandlungen mit Deutschland zweifellos aber gar für Polen schädlich gewesen wäre. In Polen war Ruhe, solange deutsche Truppen dort standen, erst mit Abzug derselben entstanden kollektive Unruhen, Pogrome etc. Polen scheint auch kein Vertrauen zur Friedenskonferenz zu haben, vielmehr will es eine fertige Fatale schaffen.
 Die franz. Sozialistenpresse ist seit zwei Tagen nicht nach der Schweiz gekommen, mit Ausnahme der „Humanité“, in der sich Gachin beklagt, daß eine Manifestation der Sozialisten und der vereinigten Arbeiterverbände von Clemenceau verhindert wurde. „Gaulois“ schreibt: „Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, Wilson würde für Sie sprechen oder kämpfen. Er wird ohne Zweifel auf sozialpol. Fragen so antworten, wie Gombert vor einigen Wochen.“
 Lyon: Große Rede über die Rückkehr Elsass-Lotharingen zu Frankreich. Im Elsass eine Gelbammung zu Gunsten der geräderten Provinzen Frankreichs.
 Kater: Präsident der portug. Rep., Sidonio, ermordet. Mörder geschätzt.

II.

Vom 19. Dezember:

Graf Brodorski (bisher Gesandter in Kopenhagen) wird wahrscheinlich Nachfolger Solfs werden.
 Briten haben den Rhein über 4 Brücken überschritten.
 Kriegsindustrielle halten häufige Beratungen über Umwandlung der Kriegs- in Friedensindustrie. Das muß so schnell als möglich geschehen, aber es gibt zwei Hindernisse: 1. Mangel an geschulten Arbeitskräften, 2. Rohmaterialmangel wegen Abwands der Werkstoffe. Die Dauer dieser hängt von Deutschland selbst ab (!)
 Heneden (Norddeutscher Lloyd) hat sich über die Schuld am Weltkrieg ausgesprochen. Diese noch nicht festzustellen, weil nötige Perspektive fehlt. Das deutsche Volk wollte sicher keinen Eroberungskrieg, aber die Vereinigung Deutschlands in den letzten Jahren, die Expansionsgelüste Russlands, die Revanchéridé Frankreichs, die ökonom. Rückwärtsentwicklung Englands waren ebenso viele Ursachen, die zum Kriege führen mußten. Deutschland hat 4 Jahre lang gekämpft, aber die wirtschaftl. Isolierung mußte zur Niederlage führen. Weiter folgt eine Erwähnung und Anrufung Wilsons, dann ein Absatz über Waffenstillstand, Hungerlötade, wieder Anrufung Wilsons („wir verlassen uns auf seinen Gerechtigkeitsinn“), Betrachtungen über den Handel mit Amerika vor und während des Krieges, Hoffnung, daß Wilson sein möglichstes tun wird, um den Handel wieder zu beleben usw.

Lyoner Funkpruch: Nachfolger des ermordeten Präsidenten der portug. Republik ist Admiral Castro. — Friedenskonferenz nach „Tempo“ wird erste Hälfte Januar eröffnet.

Russische (bolschew.) Funkprüche.
 Moskau, 19. 12.: Die Entente hält es für unerlässlich, daß Polen in den Ränderblock zwischen Baltischem und Schwarzem Meer eintrete. — Unsere Truppen haben am Ruffler des Tschudenjess Lagora befestigt. — Die deutschen Barone in England führen einen Wanderkrieg gegen uns. — Auf der anglo-französisch-ital. Konferenz zeigten sich Missionsmöglichkeiten mit Amerika. Frankreich und England wollen Deutschland wirtschaftlich unterdrücken.

Wermischte Nachrichten.
 In Wien wächst die Erregung gegen die Tschechen, die für Wien bestimmte Kohlenzüge zurückhalten. „Sozialdemokrat“ über die Frage, ob in England Revolution möglich sei: „Nur bei voller Unkenntnis des engl. öffentlichen Lebens kann man versichern, daß in England jetzt alle Schichten der Bevölkerung siegestrunken sind und bloß nach vollem Triumph über den Feind streben. Es ist kein Zweifel, daß in England bei weitem nicht alles gut steht, und ich bin tief überzeugt, daß sich dies bald zeigen wird.“
 Prinz Sabah Eddin, der von den Jungtürken zum Tode verurteilt und deshalb geflohen war, ist nach Konstantinopel zurückgekehrt; er wird wahrscheinlich an der neuen Regierung teilnehmen (Ententefreund).

Spanien hat die Beziehungen zur Somjerregierung abgebrochen.
 Moskau führt einen neuen Kalender ein. Das Jahr soll mit dem 25. Oktober anfangen (Revolutionstag), religiöse Feiertage sind aufgehoben, statt deren revol. Gedenktage. 280 Arbeitstage im Jahr.
 Die Armee der Gründungsverammlung ging im Verein mit den Verbündeten auf breiter Front zur Offensive gegen die Sowjettruppen über (Ufa-Samarafront).
 Aus der Ukraine wird gemeldet, daß die Truppen Petljuras Potlanska eingenommen und Kijew ernstlich bedrohen. Sie sollen auch Katalin, Schmerinka, Prosfuraw, Kamenz-Bobolek u. a. eingenommen haben. Sforopapoff sei geflohen.
 Fürst Lwow, Baron Korff, und Jowostki wenden sich an Amerika wegen einer Anleihe von 1 1/2 Mill. Rubel zur Förderung der Vermählungen der freiwilligen-Armee um die Wiederherstellung des einigen Russlands.

Die Bolschewiken sollen in Staraja Terechnja eine Abteilung gelandet haben, mit der sie Petrovsk und Wafu angreifen wollen. Dffiziel wird von englischer Seite ein Seezueg über die Bolschewiken im nördl. Teil des Kaspiischen Meeres gemeldet.
 Eine Abordnung der Bergvölker hat sich General Tompon vorstellt, um sich mit ihm über ihre gegenseitigen Beziehungen zu beraten.
 Die engl. Regierung ist mit Völkergroßwagnis unzufrieden, muß aber mit ihm Beziehungen haben, weil er der einzige Vertreter Russlands ist. („Staharthwels“)
 „Szoghoordi“ meldet, Dulsja sei von den Engländern befreit.
 Das adjerbeidjansche Kabinett ist zurückgetreten. Ein neues soll unter Kapuljabe gebildet werden.
 Die adjerbeidjansche Regierung hat ein Telegramm bekommen, daß Andranik trotz Warnung von Seiten der Engländer die Tataren angegriffen hat. Die Tataren haben sich dann wieder an den Armenien gerächt.
 Schewket-Bascha hat Befehl erhalten, Karz innerhalb 6 Wochen zu räumen.
 „Porjba“ teilt mit, daß Mdiwani (Georgiens Vertreter in Armenien) mit dem Projekt einer neuen Grenzregulierung nach Tiflis zurückkehrte und am nächsten Tag Egranian (Minister des Äußeren) ihm zur Unterzeichnung des Vertrages folgen sollte, trotzdem hat die armen. Regierung das Ultimatum geschickt. Egranian ist auch wirklich in Tiflis eingetroffen, doch haben die Ereignisse seinen Auftrag überholt.
 „Sach. Saim“ teilt mit, daß von Seiten der armenischen Regierung zur Friedenskonferenz Aharonian und Papabjanian abgereist sind. Ihnen wird sich Dganbjan anschließen.
 „Das. Blatt“ teilt mit, daß in Batum viele Waren aus Derfa und Konstantinopel eingetroffen sind.

Die Kriegerheimstätten-Bewegung in Deutschland.
 (Schluß.)
 Nach dem unter § 1 Abs. 7 genannten Erbbaurechte brauchen die Bauandbesitzer ihren Boden nicht gegen einen einmaligen Preis für alle Zeiten aus der Hand zu geben, sondern sie können die Benutzung ihres Bodens gegen eine jährliche Rente gestatten, die sich von einer bloßen Pacht dadurch unterscheidet, daß sie die leider oft notwendig werdende Veräußerung nicht gestattet. Die Höhe des Erbbauzinses darf die Höhe des jeweiligen Bodenwertes nicht erreichen, da nach Ablauf des Erbbauvertrages von 70 bis 100 Jahren der Boden in seinem gesteigerten Werte an die Ausgabestelle desselben zurückfällt. Der Einwand gegen dieses System, daß die Familien sich in ihrem Gebiete nicht sicher fühlen, dürfte durch die Tatsache hinreichend entkräftigt sein, daß es nur wenig Familien, besonders in den Industrieorten, gibt, die sich rühmen können, länger als 70 Jahre, auf welche Zeit das Erbbaurecht zuweilen sich erstreckt, geblieben zu haben.

Dem unter gleichem § genannten Wiederverkaufsrecht, das sich in der Stadt Wm unter Leitung ihres hervorragenden Oberbürgermeisters v. Wagner glänzend bewährt hat, liegen für jenen Ort folgende Bestimmungen zu Grunde: Die Gemeinde erstellt die Heimstätten und gibt sie zu niedrigen Preisen ab. Die Bewerber müssen 10% des Selbstkostenpreises und des Bauaufwandes bezahlen. Der Rest ist mit etwa 3% zu verzinsen und mit 2-3% zu tilgen. Wenn die Hälfte den Schuld abgetragen ist, kann die Amortisation eingeleitet werden. Um einem Mißbrauch mit den Heimstätten, die durch die Unterfügung der Stadtgemeinde erstellt sind, vorzubeugen, behält sich diese das Wiederkaufsrecht innerhalb des Zeitraumes von 100 Jahren vor. Der Vorzug dieses Systems gegenüber dem Erbbaurecht liegt nur im Gefühl: Der Inhaber eines solchen Hauses kann sich als „freier Besitzer“ fühlen. Will er schließlich freiwillig die Heimstätte aufgeben, so erhält die Stadt das Heim zum ursprünglichen Preise zurück unter Berücksichtigung der Werte, die der Inhaber der Heimstätte selbst geschaffen hat.
 Für die unter § 1 Abs. 4 genannten Kleinbäuer mit Auzgarten sind ca. 400 qm, für die Gärtnerinnen ca. 2 1/2, deutsche Morgen (6125 qm), für die landwirtschaftlichen Anwesen ca. 10 deutsche Morgen vorgesehen.
 Mit der Gründung des Hauptausfusses für Kriegerheimstätten sind dessen Ziele zu einem guten Teile bereits verwirklicht: Am 3. Juni 16 schuf der Deutsche Reichstag das Kapitalbindungsgesetz, das den Kriegschädigten oder Kriegswitwen einen Teil der Rente als einmalig gezahltes Kapital zur Verfügung stellt, so daß sie es zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes verwenden können. Beim preussischen Kriegensministerium wurden bereits bis zum 1. Oktober 1917 9474 solche Anträge zum genannten Zwecke zutreffend beschieden. Am 20. März 1918 hat der Wohnungsausschuß des Reichstages bereits Schlüsse gefaßt, die einen bedeutenden Schritt vorwärts in der Erreichung des Zieles bedeuten: 1/2 Milliarde soll aus Reichsmitteln für den Kleinbauhausbau bereit gestellt werden. Aus der Arbeit, die die Bundesstaaten in dieser Hinsicht bereits geleistet haben, ist nach Nr. 265/18 der deutschen Warte zu nennen: Das Königreich Sachsen hat ein Gesetz zur Anweisung von Kriegsteilnehmern vom 5. Mai 1916 und ferner am 9. November 1916

eine Landesfiedlungsstelle geschaffen. In Bayern ist das gleiche am 15. Juli 1916 wenigstens für Kriegschädigte im Wert gesetzt und ebenfalls eine Landesfiedlungsstelle gegründet worden. In Württemberg und Hessen sind Landesvereine für Kriegerheimstätten, letzterer unter der Schutzherrschaft des Großherzogs, in die praktische Arbeit eingetreten. In Braunschweig ist am 23. März 1918 ein Heimstättengesetz angenommen worden. In Preußen haben eine Reihe von Siedlungs- und Wohnungsgesetze einzelne Fortschritte gebracht, das letzte, indem es die Beschaffung von Boden für Kleinwohnungsgebaue durch Enteignung ermöglicht.
 Hoch ist das Ziel, das sich der Ausschuss zur Gründung von Kriegerheimstätten gesetzt hat. Seine unermüdete Schaffensfreudigkeit und anhaltende Energie haben bereits viel des erstrebten Zieles erreicht.
 Sollen die innerpolitischen Kämpfe zwischen den Parteien in Deutschland zu einem allgemein befriedigenden Ergebnis führen, so kann auch die neue Regierung an dieser Bewegung, die eine durchaus breite Grundlage hat, nicht gleichgültig vorübergehen. Im Eigenheim liegen Wurzeln großer nationaler Kräfte. In dem Maße, wie deutsche Söhne, deutsche Töchter todenhändig auf ihrem Eigenheim sitzen werden, in dem Maße werden die sittlichen Werte im deutschen Volke zunehmen und zur Freiheit des neuen Deutschlands beitragen. M. 3.

Die Frauenfrage.

Von Elisabeth Gnaud-Rühn.
 II. (2. Fortsetzung.)
 Entwicklung und Organisation der Frauenbewegung in Deutschland.

An christlichen Arbeiterinnenorganisationen sind zu verzeichnen: „Verband süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine“, 210 Vereine mit 26 000 Mitgliedern; „Sich Münden“, Borsl. Migr. Walterbach; Organ: „Die Arbeiterin“, dem Verbandsrat hat sich 1912 angeschlossen der „Verband der süddeutschen katholischen Jugendvereine für die im Erwerbsleben stehenden Mädchen“ (früher Patronagen); „Sich Münden“, Borsl. Fürstin Sophie zu Dettlingen-Spielberg; Organ: „Die gute Freundin“, „Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands“, Vorsitzender Pfarrer v. Haspling (Böckum), 2095 Vereine mit 430 000 Mitgliedern; Organe: für die Leiter „Der Jungfrauenverein“, für Mitglieder „Kranz“, „Maria und Martha“ usw. „Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen“, Borsl. Pfarrer Beyer (Berlin), Leiterin Fräulein v. Schallisch; 350 Vereine mit 31 000 Mitgliedern, größtenteils nicht Arbeiterinnen; Organe: „Frauenarbeit“, „Rüch und Haus“, „Lidia“, „Die Meisterin“ und „Agnestblatt“.
 Evangelische Arbeiterinnen hat unter der Vorarbeit von Fräulein v. Feldmann der Evangelische Frauenbund zu einem Verband mit sich in Hannover gesammelt; 62 Vereine mit ungefähr 8000 Mitgliedern.
 Zum Gesamtverbande der „Christlichen Gewerkschaften“ zählen 40 000 weibliche Mitglieder, davon 16 617 im „Gewerksverein christlicher Heimarbeiterinnen“, Sitz Berlin; Borsl. Marg. Behn; Organ: „Die Heimarbeiterin“.
 Ferngebildeten sind der Frauenbewegung stets die Sozialdemokratinnen. Sie organisieren sich mit den Männern gemeinam nach der Lösung: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch.“ Die proletarische Frauenbewegung (früher geführt von Clara Zetkin) war und ist Klassenkampf; Organ: „Die Gleichheit“. Die freien Gewerkschaften hatten 1917 256 126 weibliche Mitglieder.

Auch die Dienstboten organisieren sich. Zu ihren Forderungen gehört eine Reform der Stundentabelle, Regelung der Arbeits- und Erholungszeit, der Anspruch an Schlafraum, Beköstigung und Koffeld.

Der Verband katholischer Dienstmädchenvereine Deutschlands mit Zentrale im eigenen Heim in München zählt 90 Einzelvereine mit 13 000 Mitgliedern. Organ: „Haus und Herd“ mit einer Auflage von 17 000. — Evangelische Dienstmädchenvereine (reine Ständevereine) gab es bis 1912 15 mit 2000 Mitgliedern. Das Organ: „Unser Haus“ wird von der Zentrale der evangelischen Jungfrauenvereine herausgegeben. Außerdem sind diese Dienstmädchen Mitglieder der Jungfrauenvereine. Die freigeberische Dienstmädchenbewegung, die sich eine Zentralorganisation in dem „Verbande der Hausangestellten Deutschlands“ mit dem Sitz in Berlin gebau hat, umfaßte Ende 1912 33 Ortsgruppen mit 2747 Mitgliedern. Dabei ist aber zu bemerken, daß in diesem Verbandsrat nicht allein eigentliche Dienstmädchen, sondern auch Scheuerfrauen, Stundentfrauen usw. eingeschlossen sind. Das Organ erscheint in einer Auflage von 8000 Exemplaren und ist betitelt „Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten Deutschlands“.

1) Rein Mädchen sollte ein Verlöbniß eingehen, ohne sich über die rechtlichen Grundlagen der Ehegemeinschaft, das Familienrecht, insbesondere über das eheliche Güterrecht unterrichtet zu haben, s. D. ohne zu wissen, was „eingebtrachtete Gut“ und „Vorbespachtung“ ist.
 Scheue das Selbststudium nicht, aber frage auch einen Juristen. Leicht verständlich ist: Dernburg, Deutsches Familienrecht; Baumhäuser, Rechtsvorschriften der deutschen Frau; Jastrow, Das Recht der Frau.

Verband deutscher Hausfrauenvereine (Samburg), Vorf. Frau Martha Voh-Zies, gegr. 1915. 94 angeschlossene Vereine, etwa 95 000 Mitglieder.
 Zentrale der deutschen Landfrauen, Sitz Berlin, gegr. 1918 zwecks Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der Landfrauen.

III. Ziele.

Welche Ziele hat die Frauenbewegung aufgestellt?
 Die Führerinnen haben bessere Bildungsgelegenheiten, erweiterte Berufs- und Erwerbsmöglichkeiten und eine verbesserte Stellung im privaten und im öffentlichen Recht, d. h. in Familie, Gemeinde und Staat gefordert.

Diese Forderungen sind erhoben worden nicht in Geringschätzung der Familienaufgabe, nicht um diese verantwortungsvollste und höchste Aufgabe des weiblichen Geschlechts abzuschütteln, sondern im Gegenteil, um die Hausmutteraufgabe recht gewürdigt zu sehen. Es ist schwer mit der unergieblichen Würde der Hausmutter in Einklang zu setzen, daß die Hausmutter im öffentlich-rechtlichen Leben den Entwürdigungen gleichsteht, indem ihr das Recht vorenthalten wird, mit ihrer Stimme ihr Urteil abzugeben.
 Für die Arbeiterinnen ist wirtschaftliche, geistig-sittliche Erziehung als Ziel aufgestellt worden. Durch Staatshilfe und Selbsthilfe hofft man ihm näher zu kommen.

Die Frauenbewegung hat Erfolge aufzuweisen. Das bürgerliche Geschlecht sichert der Ehefrau wenigstens das während der Ehe von ihr durch eigene Arbeit oder Betrieb eines Erwerbsgeschäftes Erworrene. Freilich fällt das eingebrachte Vermögen der Ehefrau der Verwaltung und Ausnutzung des Mannes anheim, wofür die Ehegatten sich nicht vor Eingebung der Verbindung statt für Gütergemeinschaft für Gütertrennung entscheiden haben. Das bürgerliche Geschlecht erklärt die Ehefrau auch für rechtsfähig, d. h. sie kann Geschäfte abschließen.

Das bürgerliche Geschlecht anerkennt auch statt der „väterlichen“ die „elterliche“ Gewalt über die Kinder.

Das Jahr 1908 hat die Frauenwelt den ersehnten Zielen näher geführt; den industriellen Arbeiterinnen hat es durch die Novelle zur Gewerbeordnung den selbständigen Maximalarbeitslag, der gesamten Frauenwelt das neue Vereins- und Versammlungsrecht gebracht.

Das genannte Vereins- und Versammlungsrecht ist von großer Bedeutung für die Frauenwelt, ja es bildet einen Wendepunkt in der Geschichte des weiblichen Geschlechts im Deutschen Reich, denn durch dieses Gesetz ist der Ausschluss des weiblichen Geschlechts von politischen Vereinen und Versammlungen aufgehoben. Jetzt darf also das weibliche Geschlecht teilnehmen an Beratungen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Das Recht, mitzuarbeiten am Wohle der Gemeinde, haben bereits mehrere hundert Stadtverwaltungen anerkannt, indem Frauen besoldet oder ehrenamtlich von ihnen angestellt worden sind. Wir finden weibliche Personen nicht nur wie bisher als Lehrerinnen und Krankenpflegerinnen, sie sind auch amtlich herangezogen in der Armen-, Waisen- und Säuglingspflege, in Rinderseuch-, Vormundschaft-, Jugendfürsorge-, Arbeits- und Logisinspektion, Wohnungsinpektion, Seingangsinspektion, Polizeiaufsicht, Jugendgerichtshöfen, Gewerbeinspektion, Kriegsdämmern, Wohlfahrtsämtern.

Das Jahr 1908 hat aber auch noch andern Frauenwünschen Erfüllung gebracht. Die preussischen Universitäten immatriculieren jetzt weiblichen Personen (tragen sie als akademische Bürger in die Stammrollen, Matrikel, ein), und die Reform der Mädchenrechte sorgt durch die Studienanstalt für die nötige Vorbildung. Die Ausdehnung des weiblichen Geschlechts (s. § 10) gewährleistet den künftigen Handwerkerinnen eine gründliche sachgewerbliche Ausbildung, deren Verbreitung sich der Verband für handwerkstüchtige und sachgewerbliche Ausbildung der Frau, Vorf. Dr. Marie Elisabeth Lüders, Sitz Berlin, zum Zweck gesetzt hat. Während des Krieges sind wieder Eingaben an die Landesvertretung ergangen um Gewährung des Wahlrechts und um Eingliederung der Frauen in die Gemeindeämter. Die Angliederung von Frauenschulen mit hauswirtschaftlicher und häuslicher Einführung an die Lyzeen ist Ditten 1918 geschehen. Die Frauenbewegung hat nicht vergeblich neue Bahnen gesucht.

Die Umächtigung des Theaterpublikums im Kriege.

Von Karl Friedrich.

Die Entwicklung nach der Seite einer gänzlich Umächtigung unseres Theaterpublikums hat im Verlauf der verfloffenen vier Kriegsjahre etwa folgenden Weg genommen: In den ersten Kriegsmoenten blieben in der Hauptsache wohl alle die dem Theater fern, die irgend einen Angehörigen im Felde hatten. Damals empfand man den Besuch des Schauspielers teils als ein Unrecht an den Kämpfern draußen, teils war man eben einfach, nicht in der Stimmung. Die zu ersterem Kunstgenuss erforderliche innere Sammlung wollte sich angesichts der weltgeschichtlichen Ereignisse an den Fronten nicht einstellen. Diese Hemmnisse verschwanden in der Folge; es machte sich vielmehr, mit der Dauer des Krieges wachsend, das Bedürfnis bei den Massen geltend, den ungeheuren seelischen Druck

der Zeit, sei es durch Unterhaltung und Zerstreuung, sei es durch Vertiefung in ersterer Kunstgenuss, ein Gegengewicht zu bieten. Der Wegfall der zahlreichen Vereinsveranstaltungen, des Verbot der Tanzveranstaltungen usw. führte weiter große Scharen dem Theater zu. Der Hauptzustrom kam unseren Bühnen aber von jenen Kreisen, denen der Krieg eine beträchtliche Steigerung ihres Einkommens gebracht, wie die Angehörigen der Nützlichkeitsindustrie oder die überhaupt durch den Krieg zu einem gänzlich neuen Reichtum gekommen sind. Die dem gewaltigen Zuwachs an zum großen Teil völlig neuen Theaterbesuchern steht freilich auch ein recht erheblicher Abgang an alten Besuchern gegenüber: die allmählich ins Ungemessene gestiegene Verteuerung der gesamten Lebenshaltung hat es mit sich gebracht, daß die Angehörigen des gebildeten Mittelstandes, insbesondere aber die Beamten, die Privatangehörigen und die Angehörigen der freien Berufe zu einem großen Teil langsam aus den Reihen der ständischen Theaterbesucher hinausgedrängt wurden. Diese Kreise, denen der Theaterbesuch früher die Erfüllung eines Bildungsbedürfnisses war, sehen sich heute vor die bittere Notwendigkeit gestellt, auf den oft Jahrzehnte hindurch innegehabten Theaterplatz zu verzichten.

Der Wegfall der hohen Löhne und der lediglich durch den Krieg bedingten hohen Einkommen nach Friedensschluß wird nun zwar einen Teil der jetzt unregelmäßig füllenden Zuschauer wieder zurückbringen. Ebenso wird die dann wieder ausbleibende sonstigen öffentlichen Vergnügungen eine stattliche Zahl zu den von früher her gewohnten Zerstreuungen zurückwandern lassen. Auf der andern Seite werden die räumlichen Lebensverhältnisse nach dem Kriege es den Angehörigen des Mittelstandes kaum ermöglichen, den Theaterbesuch in dem vor dem Kriege gewohnten Umfang wieder aufzunehmen. Es sind also die während des Krieges aufgelegenen „Bekgaben“, die „neuen Reichen“, die in der Zusammensetzung des neuen Theaterpublikums eine große Rolle spielen. Der Stamm selbständiger, urteilsfähiger Theaterbesucher, der dank Erziehung, Bildung und jahrelangen künstlerischen Erfahrungen und Schulung unserem Publikum das geistige Rückgrat gegeben, wird also auch nach dem Kriege in einem sehr wesentlichen Teil ausfallen. Dem Ersatz aber, den neuen Reichen, wird man die eben genannten wertvollen Eigenschaften nicht in demselben Maße zusprechen können.

Es entsteht nun die sehr wichtige Frage, welche Folgerungen sich hieraus unter Umständen für unsere Theaterleiter ergeben. Es muß einleuchten, daß diese gegen früher völlig veränderte Zusammensetzung des Publikums letzten Endes auf eine Qualitätsverschlechterung hinauskommt, die bei der Aufnahme neuangeführter Werke sehr wesentlich ins Gewicht fallen kann. Wenn man auch mit einer gewissen Berechtigung zunächst wird annehmen dürfen, daß die neuen „Premierentiger“ schon aus einer inneren Unsicherheit heraus sich noch etwas zurückhaltend benehmen werden, so steht doch zu befürchten, daß gerade hierdurch literarisch wertvolle Werke nicht den Widerstoß finden, die sie bei dem früheren Publikum gefunden hätten. Umgekehrt dürften aus der veränderten Sachlage gerade die Nachwerke routinierter Literaturbandwerker größten Nutzen ziehen. Die Theaterleiter, denen es um die Förderung unserer zeitgenössischen Literatur und um die Gestaltung eines künstlerisch wertvollen Spielplans ernsthaft zu tun ist, werden deshalb, noch weniger als bisher, den Publikumerfolg eines Werkes — sowohl nach der guten wie nach der schlechten Seite — als Maßstab für seinen künstlerischen Werte betrachten dürfen. Auf dem Theater ist die vox populi noch nie die vox dei gewesen; sie kann es jetzt, nach der tiefgreifenden Umächtigung des Theaterpublikums im Kriege weniger denn je sein. Da aber unsere Theater wiederum mit den neuen Reichen schon aus geschichtlichen Gründen ernsthaft zu rechnen haben werden, so erwächst aus diesem Tatbestand für die Zukunft ein kunstpolitisches Problem, dem man beiseiten seine Aufmerksamkeit zuwenden sollte.

Aus der georgischen Presse.

„Sjachartsmelo“: „Die Armenier behaupten, Lori und Achalkalaf seien ihr Eigentum. Aber wenn man die Sache so aufstellt, daß Armenien je solche irredente Provinzen, wenn nicht mehr: Karabagh, Batu, Cilicien, ein Teil Persiens, Desterreich-Ungarns, Rumäniens u. a. . . Im gegenwärtigen Konflikt müssen beide Seiten vollkommene Genugtuung bekommen. . . Armenien eine materielle Kompensation. . .“

Dasselbe: „Armenien hat sich nie mit dem 26. 5. ausgejöhnt (Unabhängigkeitserklärung Georgiens); seit diesem Tage bereitet es den Krieg gegen uns vor. . . Es braucht nicht eigens gesagt zu werden, daß der, der (die kritischen Gebiete von) Achalgich, Achalkalaf und Borschalo in der Hand hat, schließlich ganz Georgien in die Hand bekommt. Darum ist die Forderung der Armenier eine Drohung für innere polit. und ethnische Ersten.“

„Grusia“: „Die Politik dieser armenischen Kreise (nämlich die den Konflikt hervorgerufen haben) ist klar. Sie wollen das friedliche Leben im Kaukasus diskreditieren und den Verbänden zeigen, daß der Kaukasus, so wie er ist, nicht existieren kann, daß er ohne eine

äußere einigende Macht ein Nest von Unruhen und Anarchie ist und bleibt. . . Die Verbänden werden sich aber wahrheitsgemäß jetzt die „armenische Frage“ von ihrer andern Seite aus ansehen, als es den Armenien lieb ist. . . Wir zweifeln nicht daran, daß sie die ganze Auslosigkeit der Politik der aktiven armenischen Kreise begreifen werden.“

Dasselbe Blatt schreibt an einer anderen Stelle, im gegenwärtigen Konflikt hätte Armenien gar nichts getan, um zu einer friedlichen Lösung beizutragen. „Nicht nie hat sich mit solcher Offenheit die ganze verbrederische, gewöhnlich martierte und furchtsame Politik der Armenier gezeigt.“

Ferner sagt in der „Grusia“ ein „eifriger Russophile“ (wie er sich selbst nennt), nicht nur ein Armenierbäuer, sondern sogar ein Russophile sei von der Freiheit und Unverjährbarkeit betroffen, mit der die armenische Regierung gegenwärtig handelt. Er nimmt Georgien energisch in Schutz; es habe alles getan, um den Konflikt friedlich beizulegen.

„Vorjba“: Im Leitartikel wird ausgeführt, daß Armenien auf alle Vorschläge Georgiens, die kritischen Grenzfragen auf friedlichem Wege zu lösen, nicht eingegangen ist, oder sie verripelt hat. Die letzten Ereignisse um Sanain seien von der armenischen Regierung direkt geistlich gefälscht worden, um einen Vorwand zu dem jetzt überreichten Ultimatum zu haben.

„Sach. Sakme“ (Schluß eines längeren Artikels über Englands Politik und Georgien): „Das politisch-strategische Interesse der Verbänden und besonders Englands fordert nicht, daß Ausland in seinen alten Grenzen aufgerichtet werde. Ihr finanzielles Interesse kann auf eine andere Weise betriebligt werden als auf jene, welche die Feinde unseres Staates wünschen. Deshalb kann Georgien der Zukunft ruhig entgegengehen und wiederhören: wir schämen uns nicht und fürchten uns nicht.“

Das selbe Blatt an anderer Stelle: „Die Absicht der Verbänden bei der Hinanzsicherung der Friedenskonferenz ist ganz einfach: sie wollen zuerst die künftigen Friedensbedingungen in Wirklichkeit umsehen, ehe sie den Frieden unterschreiben. Deutschland soll vor eine vollendete Tatsache gestellt werden, die es nicht mehr aus der Welt schaffen kann.“

Ferner enthält „Sach. Sakme“ folgende Betrachtung: „Statt Deutschland und Desterreich sollen gegen 20 unabhängige und abhängige kleine Einheiten bestehen. Das war der beständige Wunsch Frankreichs, denn damit wird es wieder Großmacht. . . Aber eine solche kann es nur auf Deutschlands Grabe bleiben. England unterläßt es darin bis zum Ende und richtet seine eigene Herrschaft über die Welt ein. . . Wer ist interessiert daran, daß zwischen diesen beiden Reichen kein leerer Platz bleibt, m. a. W., daß Deutschland nicht verschwindet? Sicherlich nicht Amerika, das eher ein hartes Ausland braucht, zur Austragung seines Konflikts mit Japan. Aber diesem ist ein hartes Deutschland nötig, doch wird Japan jetzt nichts machen können. Auch für Russland wird ein hartes Deutschland bald nötiger sein als für jemand andern. Aber gegenwärtig hat Russland andere Sorgen. Die Verbänden wollen es wieder aufrichten, weniger um ihr Geld zu bekommen, als um eine harte Faust zu haben; die einen gegen Deutschland, die andern gegen Japan. Wenn aber Deutschland wirklich ausgeben soll, brauchen sie auch kein hartes Ausland. Und hier erblicken wir die Einheit der Interessen Russlands und Deutschlands. . . Darum ist es sicher, daß in 6 Monaten, auf der Friedenskonferenz, die Verbänden über Russlands Wiederaufbau ganz anders sprechen werden als heute.“

Aus dem deutschen Leben.

Tiflis.

Bericht über den am 9. Dezember zugunsten des evangelischen Siechenhauses stattgehabten Theaterabend im Volkshaus Subalaw:
 Einnahmen: Billette 890,—
 Spenden 367,50
 Büffet 1465,70
 Programme 203,42

4485,50
 Ausgaben: Abgaben 263,70
 Druck der Annoncen, Programme, Flugblätter . . . 129,—
 Büffet 367,50
 Theater 135,30
 885,50

Reineinnahme: 3600 Rubel.

Der Vorstand des Frauenvereins zu Tiflis drückt hiermit allen Teilnehmern und gütigen Spendern seinen herzlichsten Dank für den Erfolg des Festes aus

Herausgeber: Das Z.-R. des transkauk. deutschen Verbandes.
 Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.